

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)59

17. Oktober 2022

Stellungnahme Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation

BT-Drucksache 20/1764

Stellungnahme

von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,

zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 17.10.2022 zum „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“

1. Grundsätzliche Bewertung

a) Zentrales Anliegen der Initiative für ein Zukunftszentrum und Perspektive der Einrichtung

33 Jahre nach dem Fall der Mauer hat der Prozess der Deutschen Einheit zu sich immer mehr angleichenden Lebensverhältnissen im Osten und Westen des Landes geführt. Völlig zu Recht konstatiert Staatsminister Carsten Schneider als Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland in seinem aktuellen Bericht: „Kein Zweifel: Der Osten hat sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt, in Teilen boomt er sogar. Neue Firmen siedeln sich an und alte expandieren. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Und die Infrastruktur kann mittlerweile vielerorts mit anderen Wachstumsregionen mithalten, auch dank Milliardeninvestitionen des Bundes.“ (Bericht des Ostbeauftragten 2022, S.3)

Gleichzeitig ist zu konstatieren, dass die politische Stimmung in der Bevölkerung, speziell in den östlichen Bundesländern, sich verschlechtert hat: Eine steigende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern bewertet, nachweislich aktueller Umfragen, ihre Lebenssituation kritisch. Speziell der vom Ostbeauftragten Schneider im Oktober 2022 im Rahmen seines Berichts vorgelegte „Deutschland-Monitor“ zeigt bei vielen Menschen wachsende Unzufriedenheit mit der politischen, gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Situation.

Diese Ambiguität zeigt, kurzgefasst, die Notwendigkeit einer nüchternen, vorurteilsfreien und faktenbasierten Aufbereitung des vorliegenden Datenmaterials zum Prozess der Vollendung der Deutschen Einheit im Rahmen einer konzertierten und institutionalisierten wissenschaftlichen Datenanalyse. In diesem Sinne verdient das Vorhaben der Schaffung eines „Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ umfassende Unterstützung:

- Das Anliegen, gesellschaftliche Transformationsprozesse umfassend zu beleuchten und dadurch „die Erfahrungen der Strukturbrüche, der Transformation und des Strukturwandels nach 1990 in Deutschland und Osteuropa zu nutzen“, verdient volle Unterstützung.
- Die Zusammenführung von gesellschaftsrelevanter Forschung, Dialog und Begegnung sowie Kunst und Kultur unter einem Dach ist ein gut geeigneter Weg dorthin.
- Die Erforschung der Auswirkungen der Strukturbrüche in Ostdeutschland und der Umwälzungen in Ostmitteleuropa auf staatliche und gesellschaftliche Strukturen kann wichtige Erkenntnisse zum Umgang mit gegenwärtigen Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft liefern.

b) Kerntätigkeiten und -aufgaben des Zukunftszentrums

Der Antrag der Koalitionsfraktionen (BTDRs 20/1857) sieht vor, das Zukunftszentrum als „kreativen Ort der persönlichen Begegnung, der Wissensaneignung, der kritischen Debatte, der Auseinandersetzung und der bürgerschaftlichen Partizipation“ auszugestalten. Es sollen

„gesellschaftliche Dialoge und Debatten über Zukunftsfragen und Transformationserfahrungen unter breiter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern“ geführt werden.

Der Bericht des Ostbeauftragten, in dem das geplante Zukunftszentrum ausführlich behandelt wird, präzisiert: „Diese neue Institution soll zu einem zentralen Ort der Auseinandersetzung um die Einheit und die Transformation in Mittel- und Osteuropa werden. Auf dieser Basis können Lösungsansätze für die aktuellen Herausforderungen der Zeit entstehen.“ (Bericht des Ostbeauftragten, S.6)

- Die Sichtbarmachung von Transformationserfahrungen, sowohl aus Ostdeutschland wie aus Ostmitteleuropa, kann dazu beitragen, die richtigen Schlussfolgerungen aus historischen Ereignissen zu ziehen und – vor allem – die Erkenntnisse in aktuellen Diskussionen umzusetzen.
- Kerntätigkeit des Zukunftszentrums sollte allerdings nicht lediglich ein „Austausch“ zwischen Akteuren aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften und Kultur sein, wie es im Antrag der Koalitionsfraktionen formuliert wird. Mindestens ebenso wichtig ist es, das Zentrum strukturell zu befähigen, selbst Ansätze und Positionen zu gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Problemstellungen in Bezug auf die mit der Deutschen Einheit, wie auch der Erfahrungen in Ostmitteleuropa verbundenen Transformationsprozesse zu erarbeiten, abzustützen und zu präsentieren.
- Unbedingt notwendig ist es, die Arbeitsstrukturen des Zentrums so auszugestalten, dass die erwarteten Lösungsansätze nicht nur als in Diskussionsprozessen gefundene Meinungen transportiert werden, sondern auch mit fundierten Erkenntnissen abgestützt sind und somit objektiv und wissenschaftsbasiert zur Problemlösung beitragen.

c) Generelle Geeignetheit in Struktur und Aufgabe zur Erreichung der Ziele lt. Abschlussbericht der Kommission

Die Arbeit des Zukunftszentrums soll (laut Antragstext in BTDRs 20/1857) „dabei helfen, die Erfahrungen der Strukturbrüche, der Transformation und des Strukturwandels nach 1990 in Deutschland und Osteuropa zu nutzen und die großen Aufgaben, die vor uns liegen, zu gestalten.“

Konkreter wird in diesem Zusammenhang der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland in seinem Bericht: „Das Zentrum wird sich in die drei Arbeitsbereiche Wissenschaft, Dialog und Kultur gliedern. Es soll die Erfahrungen und Leistungen der Menschen in Ostdeutschland sichtbar machen, die Bedingungen für eine gelingende Transformation erforschen sowie Erfolge und Chancen, aber auch nachwirkende Folgen der Umbrüche mit Blick auf heutige Herausforderungen untersuchen und für eine breite Öffentlichkeit zur Diskussion stellen.“ (Bericht des Ostbeauftragten, S. 120)

- Aus der bereits zitierten Umfrage, die der Ostbeauftragte im Rahmen seines Berichts 2022 vorgelegt hat, wird deutlich, dass sich ein erheblicher Teil der gegenüber Staat, Demokratie und liberaler, offener Gesellschaft geäußerten Kritik, speziell im Osten des Landes aus Bewertungen zum Verlauf und zum Erfolg des „Aufbaus Ost“ ableitet.
- Angesichts der in Teilen schwierigen Meinungslage in Deutschland, die sich in großem Maße aus eher gefühls-, als faktenbasierter Kritik an der politischen und wirtschaftlichen Situation speist, muss vor allem der oben genannte Arbeitsbereich Wissenschaft bei der Arbeit des Zukunftszentrums im Vordergrund stehen.
- Ein vergleichbar erheblicher, ebenfalls eher undifferenziert geäußelter Kritikpunkt in dieser, aber auch in anderen Befragungen, betrifft den Themenbereich Europa, und dabei auch die Fragen einer Weiterentwicklung der Europäischen Union oder des Umgangs mit wirtschaftlichen Unterschieden zwischen West- und Mittelosteuropa.

- Demgemäß sollte ein wesentlicher Teil der personellen, strukturellen und finanziellen Ressourcen für den Arbeitsbereich Wissenschaft aufgewendet werden, um eine faktenbasierte Information in den genannten Themenfeldern für die Öffentlichkeit zu ermöglichen und die Meinungslage zu objektivieren.

d) Alleinstellungsmerkmal / Verankerung und Verortung des Zukunftszentrums im Gesamtzusammenhang von Einrichtungen der Erinnerungskultur

Dem entspricht grosso modo die im Antrag der Koalitionsfraktionen gefundene Definition eines Alleinstellungsmerkmals des Zukunftszentrums: Dieses soll darin bestehen, „Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation sowie die kritische Selbstverständigung von Bürgerinnen und Bürgern zu allen Dimensionen gesellschaftlicher Transformation (...) unter einem Dach zu ermöglichen.“ Zudem wird herausgestellt, das Zukunftszentrum solle „darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der internationalen Dimension der wissenschaftlichen Forschung und Wissenschaftskommunikation über die (ost-)deutschen und (ostmittel-)europäischen Transformationen nach 1989 leisten“.

Die dem Antrag zugrundeliegende Unterrichtung durch die Bundesregierung „Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ (BTDr 20/1764) stellt dar, mit dem Zentrum solle „ein Ort der praxisorientierten Auseinandersetzung mit allen Dimensionen gesellschaftlicher Transformation geschaffen werden“. Dies bedarf einerseits einer Ausweitung, andererseits eines Hinweises:

- Zum einen ist darauf hinzuweisen, dass es im Rahmen ostdeutscher Stätten der Erinnerungskultur bereits einige Institutionen gibt, die sich mit einer Darstellung der Prozesse und der Veränderungen im Zuge der Deutschen Einheit beschäftigen und die durch ein neu zu schaffendes, mit Bundesmitteln getragenes Zentrum und eine diesem zugeschriebene „Alleinstellung“ nicht verdrängt werden sollten.
- Zum anderen sollte darauf hingewirkt werden, den wissenschaftlichen Arbeitsschwerpunkt des Zentrums über die Ziele der „Stärkung der Zivilgesellschaft“ und die „Stärkung des Vertrauens in die repräsentative Demokratie, ihre Verfahren und Institutionen“ hinaus auf eine Stärkung des Vertrauens in die Soziale Marktwirtschaft auszuweiten.

e) Ausweitung und Spezialisierung des wissenschaftlichen Forschungsauftrags des Zukunftszentrums

Aktuelle Umfragen weisen, wie beschrieben, darauf hin, dass sich viele der geäußerten Kritikpunkte auf Gefühle wirtschaftlicher, finanzieller Abhängigkeit und sozialer Unsicherheit zurückführen lassen, die sich rein durch Verweise auf demokratische und zivilgesellschaftliche Errungenschaften nicht beseitigen lassen werden.

- Dementsprechend muss es ein Arbeitsschwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit des Zentrums sein, den Prozess der Entscheidungen, Wegmarkierungen und Notwendigkeiten um den „Aufbau Ost“ objektiv nachzuzeichnen, Handlungsnotwendigkeiten und Fakten aufzuzeigen und so die Entwicklung der Veränderungsprozesse bis zu den heute sichtbaren Ergebnissen plausibel zu machen.
- Entsprechendes gilt für einen Arbeitsschwerpunkt zu den Bedingungen, Herausforderungen und Errungenschaften der Erweiterung der EU um die ostmitteleuropäischen Länder und zu den Schwierigkeiten und Erfolgen der Veränderungsprozesse in Ostmitteleuropa.

- Gerade zu diesen beiden Forschungsbereichen ist eine mit hinreichend Sachmitteln ausgestattete und robust aufgebaute Forschungsinstitution notwendig, wie sie mit dem Zukunftszentrum vorgesehen ist. Notwendig sind hier allerdings Ergänzungen der Konzeption zum Zukunftszentrum um
 - eine ökonomische Perspektive, die Transformation als Triebfeder gesellschaftlicher Veränderungsbestrebungen damals und heute darstellt und
 - eine ost- und mitteleuropäische Perspektive, die die regionale und strategische Unterschiedlichkeit der politisch-gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ansätze für Transformationsbestrebungen und -bewegungen aufzeigt.

2. Ökonomische Perspektive auf die deutsche Einheit und Lehren für heutige Transformation

a) Notwendigkeit der Behandlung ökonomischer Aspekte der Deutschen Einheit

Einschneidende Transformationsprozesse bringen meist weitreichende Veränderungen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft mit sich. Im Fall der deutschen Wiedervereinigung war der wirtschaftliche Transformationsprozess besonders bemerkenswert. Innerhalb kürzester Zeit musste eine sozialistische Planwirtschaft mit über 16 Millionen Menschen in ein System der Sozialen Marktwirtschaft integriert werden. Bis heute handelt es sich um ein „Experiment“, das aus wirtschaftspolitischer Sicht einmalig ist.

Noch vor der politischen Einheit wurde am 1. Juli 1990 die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vollzogen. Insbesondere die hitzig geführten Debatten um Währungsunion und Umtauschkurse, das umstrittene Vorgehen der Treuhandanstalt und das ehrgeizige Versprechen „blühender Landschaften“ haben sich ins kollektive Gedächtnis der gesamtdeutschen Bevölkerung eingebrannt.

Der wirtschaftliche Transformationsprozess war eine große Herausforderung. Selbst vielen Menschen, die den Sturz der DDR herbeisehnten, wurde im Zuge der Deutschen Einheit ein Gefühl von Sicherheit und Stabilität genommen. Auch heute – mehr als 30 Jahre nach der Deutschen Einheit – spielen ökonomische Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland noch immer eine wichtige Rolle im öffentlichen Diskurs.

- Die Bedeutung der ökonomischen Perspektive auf die Deutsche Einheit kann daher nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Geschichte der Deutschen Einheit ließe sich ohne den ökonomischen Blickwinkel unmöglich erzählen und würde einen zentralen Baustein des Zusammenwachsens von Ost- und Westdeutschland vernachlässigen.

b) Ökonomische Perspektive auf die Deutsche Einheit

Nicht einmal ein Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer wurde die deutsche Einheit politisch hergestellt. Wirtschaftlich und sozial handelt es sich hingegen um einen langwierigen Prozess, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Der Anpassungsprozess zwischen Ost- und Westdeutschland verläuft bis heute in unterschiedlichen Phasen.

Direkt nach der Wiedervereinigung wurde der Startschuss für den „Aufbau Ost“ gegeben. Alle physischen Voraussetzungen, die es für eine Ost-West-Angleichung brauchte, wurden schnellstmöglich geschaffen: durch Währungsunion, Privatisierungen sowie massive öffentliche und private Investitionen in Verwaltung, Wirtschaft und Wohnungsbau, in Schulen, Hochschulen und Universitäten, in Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen sowie vieles mehr.

In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung wurde klar, dass die ostdeutsche Industrielandschaft national wie international nicht wettbewerbsfähig war. Die im Osten produzierten Güter hatten keine Absatzchance auf dem nationalen und globalen Markt. Die DDR erlebte über zu lange Zeit eine Planwirtschaft, in der den innovativen Ideen der Bevölkerung keine Chance gegeben wurde und in der sich die Qualität der hergestellten Produkte immer weiter von internationalen Standards und Bedürfnissen entfernte.

Doch nach einer Phase der Desillusionierung setzte ein langsamer, aber kontinuierlicher Aufholprozess in Ostdeutschland ein. Dieser Aufholprozess dauert zwar länger als ursprünglich erwartet, doch die Ergebnisse sind beachtlich: Zwar gibt es noch immer einen Rückstand bei der Wertschöpfung pro Erwerbstätigen. Dieser Rückstand beträgt allerdings nur noch etwa 20 Prozent. Auch die Arbeitslosenquote liegt noch über dem westdeutschen Niveau, ist jedoch in den vergangenen Jahren drastisch gesunken.

Zudem gibt es einige Entwicklungen, die hoffnungsfroh in die Zukunft blicken lassen. Der Standort Berlin hat sich über die letzten Jahre zur Start-up-Metropole in Deutschland entwickelt. Mit dem geplanten Tesla-Werk in Brandenburg oder dem geplanten Intel-Werk in Sachsen-Anhalt wurden eine Reihe von Investitionen in Gang gesetzt, die den Wirtschaftsstandort Ostdeutschland weiter modernisieren und dessen Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Der wirtschaftliche Transformationsprozess, der durch die deutsche Wiedervereinigung ausgelöst wurde, ist in seinem Ausmaß einzigartig. Für nahezu alle Regionen in Ostdeutschland verlief die Anpassung an das neue Wirtschaftssystem phasenweise äußerst schwierig, doch inzwischen hat man vielerorts bereits zum westdeutschen Wirtschaftsniveau aufschließen können. Noch immer gibt es jedoch ostdeutsche Regionen, wie z.B. die Lausitz, die weiterhin mit Problemen zu kämpfen haben und mit neuen wirtschaftlichen Transformationsprozessen konfrontiert werden.

- Die wirtschaftliche Entwicklung im Nachgang der deutschen Einheit bietet somit ein breites Portfolio an Erfolgsgeschichten, als auch Erfahrungen zu Misserfolgen, von denen andere vom Strukturwandel betroffene Regionen in Deutschland und Europa profitieren können.

c) Lehren für heutige Transformationsprozesse

Auch heute gehen nahezu alle Transformationsprozesse mit ökonomischen Konsequenzen einher. Ausgangsbeschränkungen, geschlossene Grenzen und unterbrochene Lieferketten haben die deutsche Wirtschaft im Zuge der Corona-Pandemie schwer getroffen. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat Deutschland und Europa in eine tiefe Energiekrise gestürzt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht endgültig absehbar, wie die vielen energieintensiven Unternehmen in Deutschland mit langfristig hohen Energiepreisen zurecht kommen werden.

Insbesondere die aktuelle Energiekrise könnte unterschiedliche Regionen in Deutschland besonders hart treffen. Die schwierige Suche nach Lösungen für die Zukunft der Öltraffinerie in Schwedt ist zum Sinnbild dafür geworden, welche wirtschaftlichen Herausforderungen auf einzelne Regionen zukommen könnten.

- Die ökonomischen Lehren und Erfahrungen aus der Deutschen Einheit sind für diese wirtschaftlichen Transformationsprozesse von enormer Bedeutung und sollten daher nicht in Vergessenheit geraten. Die wirtschaftliche Entwicklung im Nachgang der Deutschen Einheit hat uns gezeigt, in welchen unterschiedlichen Phasen ökonomische Anpassungsprozesse verlaufen können. Zudem lehren uns die Erfahrungen, welche Probleme auf besonders

betroffene Regionen zukommen können, aber auch welche Anstrengungen und Maßnahmen notwendig sind, um auf einen ökonomischen Wachstumspfad zu gelangen.

- Der ökonomische Anpassungsprozess Ostdeutschlands wird sicherlich nicht von allen Seiten als uneingeschränkter Erfolg gewertet. Insbesondere das Vorgehen der Treuhandanstalt wird immer wieder kritisiert. Doch auch aus diesen Diskursen lassen sich wichtige Erkenntnisse für andere Transformationsprozesse generieren. Sie sollten im neuen Zukunftszentrum vorangetrieben und gestaltet werden.

3. Ost- und mitteleuropäische Perspektive auf die Wende

Der Einbezug der Perspektive von mittel- und osteuropäischen Ländern in die Arbeit und in den Alltag des Zukunftszentrums für die Deutsche Einheit und Europäische Transformation ist unverzichtbar, um einen vollständigen und zugleich differenzierten Einblick auf die europäische Transformation zu gewinnen und damit das Ziel der Gründung des Zukunftszentrums zu erreichen, denn der Wind der Wende ist letztlich aus dem Osten nach Deutschland gekommen. Bekannt ist das Zitat des britischen Historikers Timothy Garton Ash über den Verlauf der Wende in Mitteleuropa, der im Herbst 1989 in Prag scherzte: „In Polen dauerte es zehn Jahre, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen und in der Tschechoslowakei vielleicht zehn Tage.“ Sein Bonmot trifft genau den Kern der damaligen Ereignisse. Die Samtene Revolution in Tschechien oder der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands waren keine isolierten Ereignisse. Sie waren einzelne Teile einer Welle des politischen Wandels, die durch Prozesse ausgelöst wurde, die bereits einige Jahre zuvor im Ostblock in Gang gekommen waren.

Die antikommunistische Bewegung in Polen ist in großem Umfang schon 1980 entstanden und kämpfte lange 10 Jahre ums Überleben und um die Freiheit. Während sich das DDR-Regime noch relativ erfolgreich gegen den Wind des Wandels wehrte, wurden in den östlichen Nachbarländern Polen und Ungarn schon Anfang 1989 Runde Tische mit der Opposition abgehalten und erste Reformen durchgeführt. Die sich nach Veränderung sehnenenden DDR-Bürger flüchteten zu Hunderten aus Ostdeutschland und fanden in den Botschaften in Warschau, Prag und Budapest Aufnahme. Unmittelbar danach wurde das Beharrungsvermögen der kommunistischen Kader in Berlin gebrochen und der historische Prozess der deutschen Wiedervereinigung begann.

Was in der DDR geschah, war also weitgehend eine Reaktion auf die revolutionären Entwicklungen in den Nachbarländern. Auf der anderen Seite kann man aus der mittel-osteuropäischen Perspektive die Bedeutung des Falls der Mauer kaum unterschätzen. Dieses Ereignis war ein großer Umbruch, der außerhalb der eigenen nationalen revolutionären Ereignisse zum Symbol der Wende und Transformation in Europa und in der Welt wurde. Letztendlich ermutigte das Geschehen in Berlin auch die tschechische antikommunistische Opposition, die in wenigen Tagen danach das Regime umstürzte.

Der Wandel in der ganzen Region war also sehr komplex und vernetzt, eins wäre ohne das andere nicht möglich gewesen. Andererseits verlief der Wandel in jedem einzelnen Land auf eigene Weise und wurde von spezifischen Faktoren bestimmt. Es ist heute nicht möglich, über die europäische Transformation ohne Einbeziehung der MOE-Länder zu sprechen, die ihre eigenen, nicht immer mit den tradierten westlichen Narrativen identischen geschichtlichen Narrative in die europäischen Entwicklungsprozesse einbringen.

Die Eckpunkte zur Einrichtung des Zukunftszentrums zeigen die Intention von Dialog und Zusammenarbeit mit den MOE-Ländern. Dieser Dialog ist in jeder Hinsicht nötig und schon länger überfällig. Die Einrichtung einer zentralen Forschungseinheit muss deshalb zur vergleichenden Betrachtung und Bewertung der Heterogenität politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformationsprozesse in den einzelnen MOE-Ländern und Deutschland führen. Die Erfahrungen der Gesellschaften aus Ost- und Mitteleuropa sind besonders wichtig, da die Transformation gerade in dieser Region ihren Anfang nahm. Wir müssen die Chance nutzen, von den Zeitzeugen und Mitwirkenden der Revolution Erfahrungen, Gefühle und Eindrücke zu sammeln und weiter wissenschaftlich zu erforschen und zu bewerten, um ein komplexes Wissen über die Transformation für die Zukunft nutzen zu können.

- Um eine ausgewogene und heterogene Herangehensweise auf die deutsche Einheit und europäische Transformation zu erzielen, sollten in jedem der drei Bereiche des Zukunftszentrums gemischte Gruppen von Fachleuten nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Mittel- und Osteuropa mitwirken.
- Idealerweise könnte eine Steuerungsstelle zur Verknüpfung von Forschungseinrichtungen zu Fragen mittelosteuropäischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik entstehen, die die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Experten abdecken würde. Für das Zentrum wäre die Nutzung des Potenzials hochqualifizierter Think-Tanks, Universitäten und anderer Expertengruppen aus den MOE-Ländern sehr hilfreich. Damit könnte man sogar die Etablierung eines internationalen Forschungsfeldes „Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa“ erreichen.

4. Fazit für die Arbeit des Zentrums für Europäische Transformation und Deutschen Einheit

Noch ist unklar, welche Transformationsprozesse uns in den nächsten Jahren bevorstehen werden. Den Beginn der Corona-Pandemie oder den Ausbruch des Ukraine-Krieges konnte man mit Sicherheit nicht absehen. Umso wichtiger ist es, den wirtschaftlichen Transformationsprozess der Deutschen Einheit in Gänze aufzuarbeiten. Die wirtschaftlichen Entwicklungen im Nachgang der Deutschen Einheit liefern elementare Erkenntnisse für den Umgang mit ökonomischen Transformationsprozessen jeglicher Art.

Dieses Wissen darf keinesfalls verloren gehen, sondern sollte Teil der wissenschaftlichen Arbeit des Zentrums für Europäische Transformation und Deutschen Einheit sein. In diesem Zusammenhang könnte beispielsweise untersucht werden, welche spezifischen regionalen Rahmenbedingungen ökonomische Transformationsprozesse unterstützen können, welche Fehler zu vermeiden sind und wie der Erfolg von Transformationsprozessen evaluiert werden könnte. Diese Erkenntnisse sollten für alle vom Strukturwandel betroffenen Regionen in Deutschland und Europa verfügbar gemacht werden.

Die Situation in heutigen Ostdeutschland und in den MOE-Ländern ist ähnlich. Die Transformation ist immer noch nicht beendet, und immer noch überdauern große Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen. Die Länder suchen immer noch ihren Weg und oszillieren oft außenpolitisch zwischen Osten und Westen. Auch hier erwecken die Fortschrittsthemen wie Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel, Identitätswandel usw. Angst und Unsicherheiten. Die Errichtung des Zukunftszentrums und die wissenschaftliche Arbeit im Forschungszentrum könnte genau als diejenige Plattform dienen, dank derer man diese Ängste gemeinsam entschlüsselt und Rezepte vorbereitet, wie man mit der Transformation erfolgreich vorankommen kann.

Als Standort für das neue Zukunftszentrum möchte ich für den anstehenden Standortwettbewerb die Stadt Halle/Saale vorschlagen als einen Ort, der nicht nur in der Mitte Deutschlands liegt, sondern auch über den Namen Hans-Dietrich Genscher untrennbar mit dem Prozess der Deutschen Einheit und der Arbeit für die Europäische Einigung, insbesondere unter Einbeziehung der mittel- osteuropäischen Länder, verbunden ist.